

Die „Freie Presse“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Preisen 4,50 M., bei direktem Postbezugs monatlich 8,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Kurt Norden 2595 und 2596.

Interate sollen die achtspaltige Normzeile od. deren Raum einchl. Leerungszeichen 3,20 M., das festschriebene Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsangelegen die achtspaltige Normzeile 2,40 M., das festschriebene Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Interate für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Kurt Norden 2595-96, 2768

# Freie Presse

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Begegnung den Belagerungszustand!

## Die Volksabstimmung in Schleswig.

Die erste Zone dänisch.

Gestern fand in der ersten Zone des strittigen Gebietes in der Nordmark die Volksabstimmung statt. Die Abstimmung selbst vollzog sich unter starkem nationalen Gedränge von beiden Seiten. Ueber das Wahlergebnis selbst ununterrichtet folgende Wolff-Meldung:

Riel, 11. Februar.

Bis 3 1/2 Uhr morgens waren in der ersten Zone der Nordmark für Deutschland 20'924 Stimmen, für Dänemark 55 279 Stimmen gezählt. Eine Anzahl von Landgemeinden stehen noch aus.

Damit ist das Schicksal der Nordmark besiegelt. Der Ausfall dieser Abstimmung bedeutet die natürliche Folge der Unterdrückungspolitik des alten Regimes, die hier wie vorher in Posen und Elb-Lothringen ihre Früchte trug.

## Der nationale Hummel.

Die deutschnationalen Presse sucht unter Aufzählung aller möglichen Schlagworte die gespannte politische Situation noch mehr zu verschärfen, indem sie die Auslieferungsfraße zur Auspeitschung der nationalistischen und politischen Leidenschaften mißbraucht. Ihr gemißt die Stellung der Regierung nicht, sie erklärt schon jetzt in allen Tonarten, die Regierung lehne zwar heute die Auslieferung ab, sie werde aber in kürzester Zeit umfallen, und deshalb gelte es, selbst auf dem Posten zu sein. Recht bezeichnend für diese Art der Agitation ist folgende Erklärung, die die „Kreuzzeitung“ unter der stolzen Ueberschrift „Ein mannhaftes Wort“ veröffentlicht:

Auf der Auslieferungsliste siehe auch ich. Die Regierung lehnt heute die Auslieferung ab. Mit einem Anfall ist in kürzester Zeit zu rechnen, denn die Worte „unausführbar“, „verdorrene Hand“ usw. sind in unserem Gedächtnis, ebenso die Taten, die diesen Worten folgten.

Freiwillig stelle ich mich nicht, verkäre jeden Menschen, der mich mit Gewalt zwingen wollte, für einen Schuft und würde in diesem Falle von meinem Revolver Gebrauch machen, aber nicht etwas, um mir selbst etwa das Leben zu nehmen.

v. La Chevallerie,

Generollieutenant u. Kommandeur der 4. Inf. Division.

Im ähnlichen Sinne wie der kaffere General, der jeden mit dem Revolver bedroht, der ihn etwa verhaften wollte, äußerte sich Prof. Dr. Noeibe, die berühmte nationale Geistesgröße der Berliner Universität, in einer gestern veranstalteten Protestversammlung des deutschnationalen Jugendbundes in der Philharmonie. Auch er erklärte, das „Niemals“ der deutschen Regierung werde versagen. Auf solche Erklärungen wolle er nicht rechnen.

Wir haben nicht nur Feinde draußen, sondern die Feinde im eigenen Vaterlande zu fürchten. In Tagen Noth müßten wir, doch alles von oben her zum Vollen des deutschen Volkes geschah; heute wissen wir gerade das Gegenteil. Reiner von Euch, der deutschen Jugend, darf ruhen und sich des Lebens freuen. Es ist nicht wieder die schwarze weiße Flotte an der Weichsel weht und Straßburg den deutschen Kaiser grüßt.

Wir wissen nicht, ob Professor Noeibe Straßburg nur für den Defektor in Amerongen erobert will. Der frühere Kronprinz dürfte für ihn auscheiden, nachdem er die unerhörte Schmach auf sich geladen, daß er erklärt hat, sich freiwillig stellen zu wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die Montagabend erklärt hatte, daß die Selbstgestaltung ein Verbrechen gegen Staat und Volk“ bilde, attestiert heute den früheren Kronprinzen mit unzufriedener Miene, daß sein Gedankengang sich nicht mit der Wirklichkeit decke und nur ein Moment der Verwirrung für die auf den Listen verzeichneten Persönlichkeiten bilde. Am übrigen bemerkt das Volk mit lauter verhöllter Bosheit, daß der frühere Kronprinz sich wohl nur deshalb der Entente angeboten habe, weil er sich in Holland befinde und überzeugt sei, daß die niederländische Regierung ihn nicht ausliefern werde, falls er sich nicht freiwillig stelle.

Als wichtigste Waffe der deutschnationalen Kreise empfängt das Agrarierblatt nach wie vor den politi-

schen Meuchelmord, den es bereits am Freitag gegen aller Gegner der Auslieferung proklamiert hatte. Es hatte erklärt, jeder, der sich durch die Feinde gegen die auf die Auslieferungsliste verzeichneten Deutschen „gebrauchen“ lasse, müßte „als Landesfeind für vogelfreierklärung und demgemäß rückwärtslos und straflos behandelt werden“. Und die „Post“ hatte diese Aufforderung zum politischen Meuchelmord noch dahin erläutert, daß es sich hier ausschließlich um die U.S.P. handele, gegen die die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen müsse, damit das Volk nicht genötigt wäre zur „Selbstjustiz“ zu greifen. Heute erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, sie finde es recht auffallend, daß sich die linksstehende Presse über ihren Vorkriegsentrüstet habe. Das führende Organ der deutschnationalen Kreise kann es also noch immer nicht begreifen, daß sich heute finden, die mittelalterliche Kampfmethoden als Barbarei und Verbrechen betrachten. Für die „Deutsche Tageszeitung“ und die ihr nahestehenden Elemente ist die Propaganda des Meuchelmords und der Lynchjustiz nach wie vor das A und O ihrer politischen Politik.

## Lloyd George über den Bolschewismus.

London, 10. Februar. (Reuter.)

Im Unterhaus behandelte Lloyd George bei der Debatte über die Presse auf die Thronrede in der Hauptfrage innerer Art. Er beantwortete die Kritik von Johnson und Maclean und wies darauf hin, daß das Budget 1919/20 günstig ausfallen werde. Er nahm Bezug auf seine Erklärung über die Lage in Europa bei der Behandlung des liberalen Amendements, in dem eine Abänderung des Friedensvertrages gefordert wird, und beschränkte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland.

Lloyd George verteidigte die russische Politik der Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könnte, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Lloyd George wies auf die Zwecklosigkeit anderer politischer Richtlinien hin. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könne. Bereits vor einem Jahre sei er dieser Ansicht gewesen. Er beschränkte keine militärische Invasion durch den Bolschewismus, weder im Westen, noch im mittleren Osten, da die Bolschewisten nicht über die nötigen Ausrüstungs- und Transportmittel verfügen und da kein Anreiz zu einer Invasion bestehe, weil die Länder um Rußland herum dem Erdbeben nichts bieten könnten. Unter Bezugnahme auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, daß, bevor die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarische Methode aufgegeben habe, und auf zivilisierte Weise regiere, kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein werde, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe keine Regierung, die das Recht habe, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzig übrigbleibende Weg sei, Rußland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde und mehr als jede andere Methode die Grausamkeit und Raubsucht der Bolschewisten austrotten werde.

Zur Lage in Irland, wo die feinsten und verächtlichsten Morde begangen würden, sagte Lloyd George: können unter diesen Umständen die englischen Truppen aus Irland zurückgerufen werden? Solange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

## Die Friedensfrage im amerikanischen Senat.

Der Senat hat mit 62 gegen 10 Stimmen eine Resolution angenommen, die von den demokratischen und republikanischen Führern unterstützt wurde und bezugsfolge der Friedensvertrag an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten zurückverwiesen wird, mit der Befehung, einen Bericht über die republikanischen Reserven, die in der letzten Sitzung angenommen wurden, abzugeben. Die Kommission tritt heute Dienstag zusammen. Man erwartet, daß der Bericht sofort erfaßt werden wird.

## Willfür!

Wie abgestumpft ist doch das Rechtsgefühl im deutschen Volke, und wie selbstverständlich nimmt man hier die Willfür hin, wenn sie nur nützlich zu sein scheint und den anderen trifft!

Die Handhabung des Belagerungszustandes ist diesmal noch willkürlicher als sonst. Das erklärt sich ohne weiteres, da der Grund, weshalb er verhängt worden ist, von Anfang an hinfällig war. Es war einfach nicht wahr, daß ein Putsch oder ein gewaltsamer Versuch zum Sturz der Regierung geplant war. Selbst angenommen, die Regierung hätte an das Putschmärchen einen Augenblick lang geglaubt, so hätte sie nach wenigen Tagen einsehen müssen, daß ihre Angst ganz unbegründet war. Der Belagerungszustand bleibt aber aufrecht erhalten und die militärischen Befehlshaber schalten noch wie vor, als ob es gälte, mit allen Mitteln des Staates eine allgemeine Erhebung zu verhindern. So wirkt diesmal der Belagerungszustand willkürlicher, seine Maßnahmen erscheinen noch unbegründeter als je.

Man hat sich in Berlin entschlossen, die Presse freizugeben. Es wäre auch unmöglich gewesen, schon wegen des Eindrucks im Auslande, die unabhängige Sozialdemokratie noch länger völlig mundtot zu machen. Aber warum bleiben die Verbote in der Provinz, z. B. in Leipzig und Halle, aufrecht erhalten? Die „Leipziger Volkszeitung“ hat doch mit den Berliner Vorgängen nicht das geringste zu tun gehabt; in Leipzig ist es nicht zum geringsten Zwischenfall gekommen, und trotzdem bleibt die Zeitung nun schon die vierte Woche verboten! Als das Verbot erfolgte, mußte sogar die bürgerliche Presse anerkennen, daß die Gründe gänzlich unftichtig sind. Und heute noch ist das Verbot aufrecht.

Zu den alten Verböten treten immer wieder neue. Im Kriege, unter dem Ludendorff-Regiment wurden die Zeitungen zuerst verboten und wurden dann auf drei oder fünf Tage verboten. Jetzt erfolgt, oft aus den geringfügigsten Anlässen, ohne jede Warnung ein Verbot gleich für einen vollen Monat! Das geschah z. B. dem „Goshaer Volksblatt“, weil es in einem Artikel jene Verhaftung unferes Kollegen Koblod in durcheinand rubiger Weise kritisiert hatte, die selbst bei den bürgerlichen Pressevertretern einen Sturm der Entrüstung erregt hatte. Die Verhaftung war so willkürlich, daß Koblod entlassen werden mußte. Aber für die Kritik, deren Verurteilung überhaupt nicht angezweifelt werden kann, wird eine Zeitung von irgendeinem untergeordneten militärischen Befehlshaber einfach wochenlang unterdrückt und ihre materielle Existenz mit Vernichtung bedroht. Und gegen diese Willkürherrschaft gibt es kein Rechtsmittel und die öffentliche Meinung läßt sich das widerstandslos gefallen!

In Sachsen herrscht überhaupt ein wahres Zensureregiment. Am vorigen Freitag wurde auch das Dresdener Parteiblatt verboten, und damit sind fast alle sächsischen Tageszeitungen der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in dieser Zeit wichtigster politischer Entscheidungen unterdrückt. Die Chemnitzer „Volkszeitung“ und die „Volkszeitung für das Muldental“ sind ebenfalls verboten; nur die „Volkszeitung“ für Plauen ist noch unbehelligt. Sachsen gehört zum IV. Wehrbezirk, und dort führt der Generalmajor Maerker das Regiment. Er hat auch außerhalb Sachsens fast alle sonst noch in seinem Bezirk vorhandenen Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verboten, darunter das „Volksblatt für Halle“ auf unbestimmte Zeit. Immer wieder muß hervorgehoben werden, weil es so ungeheuer charakteristisch für die deutschen Verhältnisse ist, daß die Handhabung des Belagerungszustandes praktisch in den Händen der Militärs liegt, daß damit trotz aller juristischen Verschönigungen der Militarismus noch immer über der Zivilgewalt steht.

Wie lange soll dieser Zustand nun eigentlich noch dauern. Glaubt die Regierung wirklich, daß diese Maßnahmen irgendeinen Sinn haben? Der Partei als solcher können sie nichts anhaben. Sie können nur immer erneute Erbitterung und dienen nur der völligen Bloßstellung einer „Demokratie“, die ihre eigenen Grundzüge in leichtfertiger Weise preisgibt.



Die Friedensvor schläge Rußlands an Polen.

Warschau, 4. Februar.

Die funktentelegraphisch verbreiteten Friedensvor schläge Rußlands an Polen haben folgenden Inhalt:

Der Rat der Volkskommissäre der russischen Sowjetrepublik an die Regierung und das Volk Polens!

Erklärung: Es liegt nur an Polen, sich darüber zu entscheiden, ob es einen Entschluß fassen will, der auf das Leben der Völker während mehrerer Jahre die unerbittlichsten Folgen haben kann...

Ihrer ganzen Veranlassung gegenüber den Arbeitermassen Rußlands bewußt und durchdrungen vom tiefen Wunsch, neue und schließliche Opfer, sowie das Unglück und die Verwüstungen zu vermeiden...

1. Daß die Politik der russischen sozialistischen Sowjetrepublik gegenüber Polen nicht von zufälligen temporären militärischen oder diplomatischen Kombinationen geleitet wird...

2. Von neuem, wie damals beim letzten Polen dem Volkskommissariat für Auswärtiges am 22. Dezember gemachten Friedensvor schläge erklärt der Rat der Volkskommissäre...

3. Der Rat der Volkskommissäre erklärt, daß die Sowjetrepublik weder mit Deutschland noch mit irgend einem anderen Lande ein Abkommen oder einen Vertrag abgeschlossen hat...

4. Der Rat der Volkskommissäre findet, daß es, soweit es um die Interessen Polens und Rußlands handelt, keine Frage territorialer, wirtschaftlicher oder anderer Natur ist...

5. Der Rat der Volkskommissäre beauftragte das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten, von der bevorstehenden Redeversammlung des zentralen Exekutivkomitees für Rußland die feierliche Festhaltung der oben angeführten Grundlagen der Politik Sowjetrußlands gegenüber Polen durch das oberste Organ der Republik zu erlangen.

6. Der Rat der Volkskommissäre ist seinerseits der Ansicht, daß er durch die gegenwärtige la egoistische Erklärung keine Pflicht bezüglich der friedlichen Interessen des russischen und polnischen Volkes erfüllt.

7. Der Rat der Volkskommissäre ist seinerseits der Ansicht, daß er durch die gegenwärtige la egoistische Erklärung keine Pflicht bezüglich der friedlichen Interessen des russischen und polnischen Volkes erfüllt.

8. Der Rat der Volkskommissäre ist seinerseits der Ansicht, daß er durch die gegenwärtige la egoistische Erklärung keine Pflicht bezüglich der friedlichen Interessen des russischen und polnischen Volkes erfüllt.

9. Der Rat der Volkskommissäre ist seinerseits der Ansicht, daß er durch die gegenwärtige la egoistische Erklärung keine Pflicht bezüglich der friedlichen Interessen des russischen und polnischen Volkes erfüllt.

Der Unmenschen.

Schauspiel von Hermann Bahr. (Kammertheaterhaus.)

Mit Gekühn und Gekühn erschienen gestern Hermann Bahr auf den vernachlässigten Brettern der Kammertheater des Deutschen Theaters. „Der Unmenschen“ ist ein neu aufgedeckter...

In der Volkshalle muß die für Freitag, den 18. Februar, angesetzte Schauspielführung von Friedrich Hofmann „Gegen den Wind“ infolge Erkrankung eines Hauptdarstellers am 18. Februar, verschoben werden.

Aus Warschau wird noch berichtet, daß Frankreich für die weitere Kriegsführung mit Rußland, England jedoch für den Friedensschluß sei. In der nächsten Zeit werde es wahrscheinlich zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau kommen...

Noch e' niges über den Matrosenmord.

Die Verhandlungen gegen den Polizeihauptmann v. Kessel rufen die Erinnerungen an das schreckliche Verbrechen in der Französischenstraße wieder wach. Ein früheres Mitglied der Reichswehr, das sich verschiedentlich als Zeuge gemeldet hatte, aber nicht vorgeladen wurde...

Das Massaker gegen die Matrosen war von langer Hand vorbereitet. In aller Frühe (4 1/2 Uhr) wurden wir vom Oberleutnant Marisch vor dem Kriminalgericht, wohin wir inzwischen gerückt waren, nochmals zusammengerufen...

Wir haben schon vor mehreren Wochen darauf hingewiesen, daß Marisch in dem gegen ihn angestrenzten Prozeß mit Bestimmtheit behauptete, es sei dienstlich angeordnet worden, die Auswärtigen, wenn es die Situation erfordere, durch Iphigeneiden der Straße „zu erledigen“.

Edererfahrungen mit offiziieller Hilfe.

Millionen deutscher Staatsbürger laufen mit zerlumtem Schnitzmesser herum: weil sie nicht imstande sind, die kommenden Preise für Reparaturen und neue Fußbekleidung zu erwirken. Viele Industrien mangelt es an wichtigen technischen Arbeitsmitteln...

Das württembergische Kriegsministerium teilt mit, daß anlässlich der Kontrolle der Ladung eines Eisenbahnwagens in Nördlingen 12 nach Mailand bestimmte Rippen entwendet wurden, deren Inhalt 5320 Kilogramm Stahl war. Laut Zollinspektion Ludwigsburg, Ausfuhrbewilligung des Reichskommissars Berlin...

Glauvt man etwa auf diese Weise zur Hebung der deutschen Valuta beitragen zu können? Die Folge dieser unsinnigen Wirtschaftspolitik wird nur die weitere Entblühung des deutschen Marktes von wichtigen Produkten sein...

Die Folgen der Betriebsinstellungen in den Eisenbahnwerkstätten. Durch die Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Breslau, Göttingen, Halle, Delitzsch, Sudau bei Magdeburg und Limburg sind überhaupt ungefähr 11 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden...

Die Landarbeitertarife für Sommer. Vor dem landwirtschaftlichen Schlichtungsausschuss in Straßburg haben die Verhandlungen über einen Tarif begonnen. Die im „Landbund“, einer unter starkem Internationismus stehenden Landarbeitersorganisation, organisierte Gruppe...

Gewerkschaftliches.

Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe.

Den Kollegen und Kolleginnen zur Kenntnis, daß der Termin vor dem Reichsarbeitsministerium, in welchem der Tarifvertrag zum Abbruch gelangen wird, am Montag, den 18. Februar 1930, stattfindet. Grundsätzlich haben die bisherigen Feststellungen ergeben, daß der größte Teil der Angestellten den Forderungen der Arbeitgeber auf Unterzeichnung der Reserve, laut welchen sie den zwischen dem G. L. N. und dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifvertrag anerkennen sollten...

Groß-Berlin.

Die Arbeitspflicht.

In der rechtstehenden Presse wird für den Arbeitszwang lebhafteste Propaganda gemacht, er bildet sogar einen Teil des Ordnungsprogramms der deutschnationalen Volkspartei. Es ist nicht ohne Interesse, an die Worte zu erinnern, die schon unser Genosse August Bebel in seinem Buch die „Frau und der Sozialismus“ über die Grundgesetze der sozialistischen Gesellschaft geschrieben hat...

Es ist heute nicht ohne Interesse zu lesen, wie Bebel sich die zukünftige Verwaltung vorstellt. Als zweckmäßige Grundlage sah er die Gemeinde an. Ist sie zu groß, muß sie in Bezirke zerlegt werden. Die Verwaltung wird ausgeübt von gewissen Funktionären, die jederzeit absetzbar sind.

Polizeiübergriffe.

Auf dem Bahnhof Lichterfelde hat die Polizei den Restbestand der „Freiheit“, den dort stehende Zeitungshändler hatte, beschlagnahmt. Er erhob dagegen Protest unter dem Hinweis, daß unser Blatt seit Montag wieder freigegeben ist. Die Beamten nahmen trotzdem die Zeitung mit, gaben keine Quittung, benachrichtigten aber telefonisch den Händler...

Sum Kapitel der Jugendverwilderung.

Von einem Leser wird uns geschrieben: Wir rühmen uns ja gerne, im Zeitalter der Humanität zu leben. Abgesehen davon, daß der von den Kriegshehnen und Alibiweisen hervorgerufene Krieg gründlich dieses widerlegt hat, kann man noch täglich recht traurige Erfahrungen machen. Manche werden da wohl an die proletarischen Kinder denken, aber gerade die Kinder der sogenannnten oberen Jahntausend sind es, die ein recht rüchelhaftes Benehmen zur Schau tragen. Es fällt anscheinend den vernünftigen Eltern dieser Herrschaften recht schwer, sich mit den anderen Kindern auf die gleiche Stufe zu stellen...

